



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
23.03.2025 sueddeutsche.de: Endlager ohne Atommüll	4
25.03.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung: BGE will schneller zu einem Endlager kommen	6
24.03.2025 Markt im Dritten (NDR): Sorge im Emsland: Niederländer planen grenznahe Atommüll-Endlager	7
25.03.2025 Eßlinger Zeitung: Neue Minimeiler für Großbritannien	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Atomkraft

Endlager ohne Atommüll

In wenigen Jahren wird das erste Atommüll-Endlager Deutschlands fertig. Doch ständig neue Grundwasser-Auflagen machen es derzeit unmöglich, es zu nutzen. Die Folgen könnten gravierend sein.

Von Michael Bauchmüller

Salzgitter/Berlin – Es geht voran am Schacht Konrad, mittlerweile ist es unübersehbar. Tonnenschwere Teile für den neuen Förderturm stehen auf dem Gelände, eine riesige Halle ist in Bau. Und das Wesentliche ist hier, keine 20 Kilometer nördlich von Salzgitter, für die Augen unsichtbar. Mehr als 800 Meter unter der Erde wird ein ehemaliges Erzbergwerk zum Endlager für Atommüll ausgebaut. Es gibt da inzwischen Stollen unter Tage, die sehen aus wie ein gut gekehrter Neubaukeller. Fragt sich nur, wann hier wirklich Container mit Atommüll landen. Es gibt da nämlich ein Problem.

Als Erste aufgebracht hat das Problem die Entsorgungskommission des Bundes. Im vorigen Herbst schaute sie sich die Auflagen für den Atommüll noch einmal genauer an, insbesondere jene für den Gewässerschutz. Nachzeitigem Stand, so befand die Expertenkommission nüchtern, könne „keine Einlagerung in das Endlager Konrad nach der geplanten Inbetriebnahme erfolgen“. Mehr noch: Die Umsetzung der derzeitigen Vorgaben für den Gewässerschutz sei „nicht praktikabel und wird die Einlagerung von Abfallgebinden in das Endlager Konrad verhindern“. Eigentlich ein Satz wie Donner, doch die Warnung verhallte in den Tiefen des Schachts. Was gab es hier nicht schon alles an Verzögerungen?

Seit 50 Jahren existiert das Projekt - und es verzögert sich von Jahr zu Jahr

Seit ziemlich genau 50 Jahren existiert das Projekt. 1982 reichten Behörden die ersten Bauanträge ein, zehn Jahre später wurden Bürgerinnen und Bürger dazu gehört – es gab 290 000 Einwendungen. Wieder zehn Jahre später erging die Baugenehmigung, die aber erst einmal angefochten wurde. 2007 begannen die Bauarbeiten, eigentlich sollte es schon seit zwölf Jahren fertig sein. Immer noch sind Klagen gegen das Endlager anhängig. Zunächst sollte es 1989 fertig sein, dann 1997, dann 2013, 2018, 2022, 2029. Mittlerweile gilt ein Start zu Beginn der Dreißigerjahre als realistisch.

Dann wird es das erste ordentlich gebaute und genehmigte Atommüll-Endlager Deutschlands sein. Allerdings nicht für Castoren mit abgebrannten Brennelementen, also den hochaktiven Müll. In Schacht Konrad sollen schwach- und mittelaktive Abfälle verschwinden, wie sie in der Medizin anfallen oder beim Rückbau von Atomkraftwerken. Für 303 000 Kubikmeter von diesem Müll, sorgfältig in Behälter verpackt, soll es einmal Platz bieten. Das entspricht, nur zum Vergleich, mehr als 9000 Überseecontainern. Die Abfälle durch den schmalen Schacht nach unten zu bringen, wird Jahre dauern. Wenn es denn irgendwann auch losgehen kann.

Derzeit ist die „Gehobene wasserrechtliche Erlaubnis“ davor, kurz GwE. Sie ist Teil der Auflagen, an die einst die Genehmigung für das Endlager geknüpft war. Kurz gesagt soll sie sicherstellen, dass aus den Behältern nicht Giftstoffe entfleuchen, sich einen Weg zum

Grundwasser bahnen und damit in die menschliche Umwelt gelangen. Dabei geht es wohlgerne nicht um radioaktive Stoffe, sondern um sonstige Umweltgifte. In einem Behälter mit kontaminiertem Labormüll oder Bauschutt können die schließlich auch enthalten sein. Die Frage ist nur, welcher Grenzwert gerade gilt.

„Das Problem liegt darin, dass wir es hier mit flottierenden Bestimmungen zu tun haben“, sagt Christian Kühn, Chef des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. „Wann immer sich im Wasserrecht etwas ändert, können sich auch die Vorgaben für Schacht Konrad ändern.“ Seine Behörde führt die Atomaufsicht über das Endlager. Aber beim Wasserrecht hat sie derzeit nicht viel zu sagen. Die Genehmigungsbehörde sitzt in diesem Fall im Land Niedersachsen, die Genehmigungsanträge stellt eine Bundesfirma, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Und beim Wasserrecht ändert sich ständig etwas.

Neue Grenzwerte müssen erst einmal gründlich begutachtet werden

Just im Sommer 2023 etwa wurde die Trinkwasserverordnung novelliert. Es gelten jetzt strengere Regeln für Stoffe wie Bisphenol A und die sogenannten PFAS. Bisphenol A findet sich zum Beispiel in Plastikschüsseln und manchen Lebensmittelverpackungen oder im Thermopapier von Kassenzetteln. Wie viel davon auch in den Atommüllbehältern stecken könnte, ist unbekannt. Das Gleiche gilt für PFAS, wie sie etwa in wasserabweisenden Textilien

vorkommen. Aber neue Grenzwerte, so will es die Konrad-Genehmigung, müssen erst einmal gründlich begutachtet und auf alle Eventualitäten hin vermessenen werden.

Für den Atommüll heißt das, dass zunächst einmal so gut wie nichts passieren kann. Denn damit ein Behälter in dem Bergwerk abgestellt werden darf, braucht es eine haarkleine Dokumentation, was genau drin ist. Aber wer kann schon Schadstoffe deklarieren, wenn er nicht weiß, welche? Verpackt wird also erst einmal nichts. „An diesem Beispiel“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), „zeigt sich einmal mehr die Komplexität der Aufgabe.“ Sie vertraue da ganz auf die beteiligten Stellen. Na dann.

Umweltministerium, Behörden und Bundesfirma sehen im Hickhack die Schuld beim jeweils anderen

Im konkreten Fall der neuen Schadstoff-Grenzwerte verweist das niedersächsische Umweltministerium darauf, dass es dafür noch keine Anträge der Bundesfirma BGE gebe. Deshalb lasse sich nicht „einschätzen, wann die was-

serrechtlichen Verfahren abgeschlossen werden können“. Die BGE wiederum sagt, Anträge könne sie erst stellen, wenn mit den niedersächsischen Behörden geklärt ist, wie genau die Nachweise für die Schadstoffe zu führen sind. Die niedersächsische Landesregierung sieht das Projekt Konrad übrigens erklärtermaßen kritisch, aber das muss natürlich nichts heißen. Alle berufen sich auf Recht und Gesetz.

Das alles ließe sich als lustige Behördenposse abtun, wenn sich nicht anderswo die Probleme buchstäblich stapelten. Denn mit dem Rückbau und Abriss der deutschen Atomkraftwerke wird auch die Abfallmenge sprunghaft anwachsen, die für das Endlager bei Salzgitter vorgesehen ist. Solange die Kriterien nicht klar sind, lässt sich vieles davon nicht verpacken, geschweige denn nach Salzgitter abtransportieren. Die Folgen listet die Entsorgungskommission der Einfachheit halber in drei Spiegelstrichen auf: Erst werde es in den Zwischenlagern eng, dann müssten neue beantragt und errichtet werden. Parallel stocke der Rückbau der Atomkraftwerke.

Und das nicht, weil Behörden bei der Radioaktivität ultragenau hinschauen. Sondern um das Grundwasser vor Stoffen zu schützen, die im Atommüll doch eher selten vorkommen dürften. Nur: Während ein Zwischenlager oberirdisch liegt und Giftstoffe, wenn sie denn aus dem Abfall austreten, ins Grundwasser versickern könnten, müssten sie aus 800 Meter Tiefe erst einmal aufsteigen. Unter sehr ungünstigen Bedingungen veranschlagt die Entsorgungskommission dafür 300 000 Jahre, mindestens. Sollten die Stoffe nicht schon vorher zerfallen.

Wenn es denn irgendwann ein Container nach unten schafft. „Es ist zum Verzweifeln“, sagt Wolfram König, lange Jahre Chef des Bundesamtes für Strahlenschutz und damit auch Herr über die Endlager-Projekte. Der ganze Vorgang sei symptomatisch für den deutschen Umgang mit dem Atommüll: Verantwortung werde hin- und hergeschoben, statt lösbarer Aufgaben konsequent anzugehen. „Wenn wir so weitermachen“, sagt König, „riskieren wir mit dem Atommüll ein ernsthaftes Sicherheitsproblem.“ Und zwar oberirdisch.

Wörter:	1.069	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Michael Bauchmüller	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Politik	Visits (VpD):	1.500.562 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	393.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink: https://www.sueddeutsche.de/politik/atommuell-endlager-salzgitter-probleme-verzoegerungen-li.3222578			
Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München			
¹ von PMG gewichtet 10-2024			
² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+			

Abbildung: Unter Tage im Schacht Konrad. Das ehemalige Eisenerzbergwerk ist das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Deutschland. Ab den 2030er-Jahren soll es genutzt werden. Julian Stratenschulte/dpa

Abbildung: SZ-Grafik

BGE will schneller zu einem Endlager kommen

Bundesgesellschaft schlägt mehrere beschleunigte Verfahren vor – BI befürchtet rechtliche Einbußen von Betroffenen

Gorleben. Das sprichwörtliche Jahrhundertprojekt Endlagersuche in Deutschland soll nach dem Willen der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) doch schneller zu einem Ergebnis, sprich einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die BGE eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, das Suchprozedere zu beschleunigen. „Es ist immer noch möglich, bis Mitte dieses Jahrhunderts einen Standort festgelegt zu haben“, hat dazu jüngst die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder, mitgeteilt. Und weiter: „Aus fachlicher Sicht lassen sich die Erkundungen von über Tage, also Phase II, und von unter Tage, also Phase III, in einer Phase zusammenfassen.“

Fünf bis zehn Standortregionen bis 2027

Ende 2027 will die BGE demnach dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung etwa fünf bis zehn Standortregionen für die übertägige Er-

kundung vorschlagen. In einer gestuften Erkundung will sie zu maximal drei bestmöglichen, unterirdischen Standorten für ein Endlager kommen und diese miteinander vergleichen.

Um damit schneller voranzukommen, schlägt die BGE beschleunigte Verfahren für die notwendigen Genehmigungen und die Vielzahl an Nutzungs- und Betretungsrechten für die Grundstücke vor, von denen aus sie erkunden will. Denn dort zeichne sich ein Flaschenhals ab, befürchtet die BGE. Außerdem will sie vermeiden, in mehreren Bundesländern dieselben Anträge stellen zu müssen. „Bei einem Wechsel der Zuständigkeit auf eine Bundesbehörde wäre ein einheitliches Verfahren garantiert“, sagt die BGE. Sie plädiert für Regelungen wie beim Ausbau erneuerbarer Energien und eine Erkundungsphase ähnlich der bei der Suche nach Rohstoffen.

Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg sieht die Vorschlä-

ge der BGE „äußerst kritisch“. Die für eine beschleunigte Endlagersuche notwendige Änderung des Standortauswahlgesetzes würde „die Beteiligungsrechte der Kommunen, Gebietskörperschaften und Umweltverbände und deren Klagemöglichkeiten tangieren“, bemängelt die BI. „Hier wird aus unserer Sicht die Rechtssicherheit von Betroffenen geschmälert“, heißt es weiter.

Im vorigen Sommer war bekannt geworden, dass die ursprünglich bis 2031 angedachte Suche nach einem Endlagerstandort deutlich länger – bis ins Jahr 2074 – dauert. Dadurch verlängert sich auch die Zwischenlagerung des Atommülls etwa in Gorleben um Jahrzehnte. Weil die bisherige Genehmigung des Lagers in Lüchow-Dannenberg nur bis 2034 gilt, hat die Betreiberin, die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), ein neues Verfahren angestoßen.

Wörter: 370
Autor/-in: VON JENS HEYMANN
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 071, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.291 (gedruckt)¹
9.940 (verkauft)¹
10.182 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,0142 (in Mio)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung sucht einen Standort in Deutschland für hoch radioaktiven Atommüll. Nun will sie das Verfahren beschleunigen

Fotograf/-in: . Foto: EJZ-Archiv

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Markt im Dritten (NDR)

Sorge im Emsland: Niederländer planen grenznahe Atommüll-Endlager

24. März 2025 17:07 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 24.03.2025 17:06 Uhr Die Niederlande suchen nach einem **Endlager** für ihren **Atommüll**. Am Montag endet die Einspruchsfrist gegen die Pläne, **Atommüll** an der deutsch-niederländischen Grenze zu lagern. Niedersachsen wäre direkter Nachbar.

von Anke Hoffmann

Im Gespräch für ein **Endlager** sind unter anderem die niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe, weil unter denen Salzstöcke liegen. Die sind laut Experten für **Atommüll-Endlager** geologisch gut geeignet. Für Grenzbewohner in Niedersachsen könnte das bedeuten, dass sie möglicherweise direkte Nachbarn eines **Atommüll-Endlagers** werden. Weder die grenznahe Gemeinde Rhede, noch der Landkreis Emsland sind bisher über die Pläne der niederländischen Regierung informiert worden.

Kritik an **Endlager**-Suche in Niedersachsen

Der Bürgermeister von Rhede sagt, in seiner Gemeinde seien die Menschen erschrocken gewesen und fühlten sich übergangen. Auch der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer (Die Grünen) äußert sich besorgt über die möglichen Pläne: "Wir erwarten ein Verfahren der niederländischen Regierung, dass eine intensive Beteiligung von Umweltverbänden und Bürgern auch auf deutscher und niedersächsischer Seite ermöglicht." Sein Ministerium sei nicht über die **Endlagerpläne** auf niederländischer Seite informiert worden.

Auch oberirdische Auswirkungen einer **Endlagerung** möglich

Obwohl die Salzstöcke unterirdisch liegen, hätte eine mögliche **Endlagerung** von radioaktivem Abfall auch über der Erde Folgen. Denn laut des Fahrplans der niederländischen Regierung braucht es auch oberirdisch Platz. Bewohner der ehemaligen Festungsanlage Bourtange in der Provinz Groningen haben Sorge um ihre Anlage. Die steht ebenfalls auf einem Salzstock. Dass die Anlage aber wirklich für den **Atommüll** abgerissen werden könnte, davon geht dort zurzeit niemand ernsthaft aus.

Niederlande müssen **Atommüll**-Programm bis August 2025 vorlegen

Die Diskussion um ein mögliches Lager für **atomaren** Müll ist nicht neu. Alle zehn Jahre müssen alle EU-Mitgliedsstaaten ein nationales Programm vorlegen, in dem sie erklären, wo sie **Atommüll** lagern und

entsorgen wollen. Die Niederlande müssen dieses Programm bis Ende August 2025 vorlegen. Hinzu kommt, dass die niederländische Regierung plant, ihr bestehendes Atomkraftwerk in Borssele länger als geplant laufen zu lassen. Außerdem sollen weitere Atomkraftwerke gebaut werden. Aus diesen Gründen will die niederländische Regierung jetzt mit der Suche nach einem Endlager beginnen, wie der niederländische Sender "rtv drenthe" berichtet.

Einspruchsfrist bis zum 24. März 2025

Niederländer können ihre Einwände zu dem nationalen Programm für radioaktive Abfälle beim Infrastrukturministerium bis zum späten Montagabend einreichen. Anwohner, sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite kritisieren das Vorgehen der Regierung. Sie fühlen sich außen vor gelassen und nicht genügend informiert. Auf deutscher Seite warnen Umweltverbände, wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (bbu), vor den Folgen eines Atommüll-Endlagers. Wann die niederländische Regierung über konkrete Standorte entscheiden will, ist noch unklar.

Weitere Informationen

Schlagwörter zu diesem Artikel Beitrag teilen Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:

Neue Minimeiler für Großbritannien

Premierminister Keir Starmer will Mini-Atomkraftwerke bauen – auch um die Konjunktur anzukurbeln. In Deutschland ist die CDU angetan von dieser Idee, doch Nuklearexperten und Umweltschützer sind nicht überzeugt.

London Die britische Regierung will den Bau einer neuen Generation von Mini-Atomkraftwerken anstoßen. Premierminister Keir Starmer ist entschlossen, das Planungsrecht zu ändern, um eine schnellere und billigere Konstruktion von Small Modular Reactors, kleinen Reaktoren oder SMRs, zu ermöglichen. „Seit Jahrzehnten hat dieses Land keine Nuklear-Kraftwerke gebaut“, so Starmer. „Ich werde das beenden und die Regeln ändern, um die Bauleute dieser Nation zu unterstützen und Nein zu sagen zu den Blockierern, die schon viel zu lange unsere Chancen auf billigere Energie, Wachstum und Jobs abgewürgt haben.“

SMRs sind Atomkraftwerke im Kleinformat, die in einer Fabrik vorgefertigt und dann an einen Montageort verbracht werden können. Sie sollen sicherer und vor allem kostengünstiger als herkömmliche Nuklearkraftwerke sein und auch schneller errichtet werden können. Bisher waren Atommeiler stets für einen spezifischen Standort maßgeschneiderte und deshalb teure Einzelprojekte. SMRs könnten wesentlich kostengünstiger werden, wenn man sie in Massenproduktion bauen kann.

Um den Prozess von Planung bis Fertigstellung anzukurbeln, will Starmer hinderliche bürokratische Regularien abschaffen. Die Reform „archaischer Planungsregeln“ soll das Genehmigungsverfahren erleichtern, Investitionen ermutigen und die Entwicklung neuer Projekte für eine größere Auswahl an Standorten ermöglichen. Bisher war die Errichtung von AKWs in Großbritannien nur an acht spezifischen Orten erlaubt.

In Zukunft sollen sie dort gebaut werden können, wo sie benötigt werden.

Kritik erfuhren die Pläne seitens Umweltschützer. Der Greenpeace-Direktor Doug Parr sagte, dass die Regierung naiv sei, die Propaganda der Nuklear-Industrie zu glauben: „Sie stellt Dinge als Fakten hin, die lediglich Vermutungen sind hinsichtlich geringer Reaktorkosten, Liefergeschwindigkeit und Sicherheit.“ Die Gewerkschaft GMB dagegen begrüßte das Programm: „Es kann kein Net Zero (also Treibhausgasneutralität) ohne neue Atomkraft geben.“ Auch vom Vorsitzenden des Verbandes der Nuklear-Industrie Tom Greatrex kamen warme Worte: „Ein gestraffteres Planungssystem wird Investoren Sicherheit geben und uns erlauben, neue Nuklearkraftwerke an mehreren Stellen und zügig zu bauen.“

Großbritannien war einst der weltweite Pionier in der zivilen Nutzung von Atomkraft, als 1956 das Kernkraftwerk Calder Hall ans Netz ging. Das letzte Kraftwerk wurde allerdings vor dreißig Jahren gebaut. Heute gibt es im Königreich nur noch fünf Meiler, die rund sechs Gigawatt Energie, genug für 13 Millionen Haushalte, produzieren. Alle werden demnächst das Ende ihrer Laufzeit erreichen. Zwei neue Atomkraftwerke herkömmlicher Bauart sollen die Energielücke schließen. Hinckley Point C in der Grafschaft Somerset wird gerade gebaut, während sich Sizewell C in der Grafschaft Suffolk noch in der Entwicklungsphase befindet.

Darüber hinaus will jetzt die britische Regierung erstmals SMRs errichten lassen. Noch handelt es sich dabei um eine Zukunftstechnologie. Doch die neue

Generation von Mini-Atomkraftwerken soll Großbritannien im globalen Wettbewerb entscheidend helfen, so Starmer. „Andere Länder rennen uns davon“, sagte Premier Starmer, „China hat 57 Atommeiler, die genug saubere und erschwingliche Energie für 38 Millionen Haushalte produzieren.“ Weitere 29 Meiler werden dort gebaut, und auch in der EU befinden sich zwölf Kernkraftwerke in der Planungsphase, ließ die Regierung verlauten: „Das gibt diesen Ländern einen großen Vorteil im globalen Rennen, neue Technologien nutzbar zu machen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und sauberere, billigere und unabhängige Energie zu erzeugen.“

In den USA wird das SMR-Konzept im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz gesehen. Denn KI braucht große Datacenter, die große Energiemengen benötigen. Daher haben amerikanische Big-Tech-Unternehmen schon Verträge mit Herstellern und Betreibern von Kernkraftwerken geschlossen, um in Zukunft den immer höher werdenden Strombedarf decken zu können.

In Deutschland denkt die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) über einen Ausstieg aus dem Atomausstieg nach. Der SPRIND-Chef Rafael Laguna de la Vera sagte gegenüber dem Newsletter „Politico“, dass es sich bei Mini-Reaktoren um „eine wichtige industrielle Revolution der kommenden Jahre“ handele, die Deutschland nicht verpassen dürfe, denn sie seien „effizient und sicher“.

Auch der CDU-Abgeordnete Jens Spahn ist SMRs gegenüber aufgeschlossen. „Uns die Option Kernkraft zu erhal-

ten, ist in unserem nationalen Interesse“, sagte Spahn gegenüber „Politico“. „Wenn eine neue Generation kleiner und abfallarmer Kernkraftwerke marktreif ist, sollten wir sie auch nutzen. Der Energiebedarf wird in der digitalen Welt größer statt kleiner.“ Auch CDU-Chef Friedrich Merz kann sich für

das Konzept erwärmen. „Wir erwägen“, sagte er gegenüber dem „Spiegel“, „ob wird diese kleinen modularen Reaktoren bauen sollen – vielleicht zusammen mit Frankreich.“

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) dagegen

bleibt skeptisch. Man hat ein Gutachten zu SMRs erstellen lassen, das im Wesentlichen zu dem Schluss kommt, dass Kleinreaktoren weder kostengünstiger noch sicherer oder risikoärmer als große Atomkraftwerke sind.

Wörter:	740	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Jochen Wittmann	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	11	Auflage:	18.079 (gedruckt) ¹
Ressort:	WIRT		19.542 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		19.626 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		Reichweite: ²
Medientyp:	PRINT		0,06024 (in Mio)

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Klein, aber oho: Modell eines Mini-Atomreaktors in Peking
Fotograf/-in: imago/Xinhua